

# PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen  
und Leser,

*„jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, heißt es in einem Gedicht von Hermann Hesse. Der Sächsische Landtag unternimmt derzeit einen neuen Anfang – von Zauber ist allerdings wenig zu spüren. Selbstverständlich freue ich mich, dass die LINKE mit 27 Abgeordneten – darunter zwölf „Parlamentsneulinge“ – erneut die Rolle der Oppositionsführerin übernehmen wird. Allerdings ist die Arbeitsfähigkeit des neuen Parlamentes noch nicht voll gewährleistet. Denn seine Konstituierung war nur eine halbe.*

*Zwar wurden die Abgeordneten verpflichtet und der Präsident gewählt, seine Stellvertreter aber sind noch nicht im Amt. Das ist ein absolutes Novum in der sächsischen Parlamentsgeschichte nach 1990. Hinzu kommt: Der 6. Sächsische Landtag hat noch immer keine eigene Geschäftsordnung. Die Fraktionen von CDU und SPD verhandeln derzeit und wohl noch bis Mitte November über ihr Regierungsbündnis; dabei haben sie offensichtlich zu wenig Wert darauf gelegt, den Landtag voll handlungsfähig zu machen. Einen Entwurf für eine Geschäftsordnung legten sie bisher nicht vor. Daher gilt die alte Arbeitsgrundlage zunächst weiter.*

*Das Parlament wurde damit quasi zur „nachgeordneten Instanz“ der Koalitionäre in spe. Das ist bedenklich: Schließlich wollten die Mütter und Väter der Verfassung einen starken, eigenständigen Landtag, der die Regierung kraftvoll kontrollieren und frei Gesetze erlassen kann. Die „halbe Konstituierung“ ist kein gutes Zeichen. Wir erwarten nun umso mehr eine respektvolle Debatte zur neuen Geschäftsordnung. Die wäre nicht zauberhaft, sondern schlichtweg ein Gebot der Vernunft.*

*Sebastian Scheel*

Sebastian Scheel  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Die Landespolitik sortiert sich – das Leben wartet nicht

Nach der „halben Konstituierung“ des neuen Landtages nimmt das Parlament langsam seine Arbeit auf. In den Fraktionen werden die Karten an manchen Stellen neu gemischt, nicht zuletzt aufgrund von Personalwechseln. Auch die Fraktion DIE LINKE bereitet sich auf die inhaltliche Arbeit vor. Die erste große Aufgabe wird die Debatte zum Doppelhaushalt 2015/2016 sein.

Die neue Regierung allerdings steht noch lange nicht – auch ein Grund dafür, dass der parlamentarische Betrieb frühestens im neuen Jahr richtig in die Gänge kommen wird. Die Probleme aber warten nicht, bis der „Mikrokosmos“ Landespolitik betriebsbereit ist. Sie drängen täglich. Deshalb lassen sich schon jetzt Vorschläge unterbreiten – das ist schließlich eine Kernaufgabe der Opposition. Drei Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen zeigen das: Die inflationäre Entwicklung der Leih- und Zeitarbeit im Freistaat, die arg verbesserungswürdigen Gesundheitsfinanzen und der zweite Geburtstag des höchst umstrittenen „Hochschulfreiheitsgesetzes“ von CDU und FDP.

Jüngst ließ eine Mitteilung des Statistischen Landesamtes aufhorchen. Der Sektor der Leih- und Zeitarbeit wächst im Freistaat Sachsen so stark wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik. Innerhalb des letzten Jahres stieg die Zahl der Zeitarbeiter im Bundesdurchschnitt um 4,3 Prozentpunkte, in Sachsen allerdings um 11,2 Prozentpunkte – ein unrühmlicher Spitzenplatz. In anderen ostdeutschen Ländern ging die Leih- und Zeitarbeit indes zurück. Hier zeigt sich, wohin die Niedriglohnstrategie der Staatsregierung führt: Zu gravierenden Nachteilen für tausende Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer, die dieselbe Arbeit leisten wie die Stammbeschäftigten, allerdings zu schlechteren Bedingungen. Prekäre Verhältnisse verdrängen zunehmend reguläre Arbeitsplätze. Leih- und Zeitarbeit muss deshalb wieder auf ihren ursprünglichen Zweck beschränkt werden: das kurzfristige Abfedern von Auftragsspitzen. Dabei muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Die Flexibilität der Leih- und Zeitarbeiterinnen und -arbeiter sollte durch eine Zulage belohnt werden. Die Vergabe öffentlicher Fördermittel sollte sich daran orientieren, wie stark Unternehmen mit Leiharbeitsverhältnissen operieren.

Auch bei den Gesundheitsausgaben muss gehandelt werden. Sie wachsen in Sachsen schneller als die Beschäftigtenzahlen im Gesundheitswesen. Insbesondere im Pflegebereich gehen die Kosten in die Höhe. Im Vergleich der Bundesländer zeigen sich Versorgungslücken: Im ähnlich stark bevölkerten Rheinland-Pfalz gibt es deutlich mehr Krankenhaus-Beschäftigte als in Sachsen, während hierzulande der Bereich der Ambulanten Pflege stark expandiert (um 28 % seit 2008). Das ist eine Folge des politisch gewollten Grundsatzes „ambulant vor stationär“. „Das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung wird das Gesundheitssystem nicht zuletzt in Sachsen vor wachsende Herausforderungen stellen“, warnt die für Gesundheits- und Sozialpolitik zuständige neue Abgeordnete Susanne Schaper, die selbst Krankenschwester ist und die Probleme aus dem Alltag kennt. „Die neue Staatsregierung muss in den anstehenden Verhandlungen zum Landeshaushalt substantielle Verbesserungen vor-

nehmen. Dazu gehört eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhaushaushalts in Sachsen“. Um den Investitionsstau zu beheben, seien pro Jahr zusätzliche Landesmittel in Höhe von mindestens 200 Millionen Euro notwendig.

Ein drittes Beispiel ist das dringend novellierungsbedürftige „Hochschulfreiheitsgesetz“. Es ist an dieser Stelle unmöglich, notwendige Änderungen komplett zu benennen. Klar ist allerdings: Vor allem die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft muss rückgängig gemacht werden. Denn seitdem Studierende aus ihrer Mitgliedergruppe austreten können, ist die studentische Interessenvertretung empfindlich geschwächt. Ein weiterer kritischer Punkt ist die mit dem Gesetz geschaffene Möglichkeit, reine Lehr-Professuren zu schaffen – sie bedroht die Einheit von Forschung und Lehre. Stattdessen könnten neue Regelungen aufgenommen werden, um die inneruniversitäre Demokratie insgesamt zu stärken. Auch die grassierende prekäre Beschäftigung – derzeit sind etwa 90 % des wissenschaftlichen Personals unterhalb der Professuren befristet angestellt – ließe sich, innerhalb gewisser Grenzen, per Gesetz eindämmen. Die entscheidende Voraussetzung dafür wäre allerdings eine höhere staatliche Finanzierung der Hochschulen, für die sich die Fraktion DIE LINKE weiter einsetzen wird.

Das alles zeigt: Das Parlament muss zügig handlungsfähig werden. Der Doppelhaushalt 2015/2016 kann zentrale Probleme endlich anpacken – die Fraktion DIE LINKE wird dabei ordentlich Druck machen. Die Erwartungen sind groß. An die Regierung und an die Opposition gleichermaßen.





# Das sind die neuen Gesichter in der Fraktion



## Marco Böhme

Geburtsjahr: 1990  
Beruf: Stadt- und Raumplaner  
Herkunftskreis: Leipzig

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Ich möchte, dass die Fraktion und ihre Lösungsvorschläge stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Als designerer verkehrs- und klimapolitischer Sprecher plane ich Diskussions- und Bildungsveranstaltungen und öffentlichkeitswirksame Aktionen, um neben dem sozialen auch den ökologischen Blick auf DIE LINKE zu schärfen.



## Nico Brünler

Geburtsjahr: 1975  
Beruf: Diplom-Volkswirt  
Herkunftskreis: Chemnitz

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Ich möchte helfen, ein Landesarbeitsmarkt- und Qualifizierungsprogramm auf den Weg zu bringen und kritisch zu begleiten. Es ist widersinnig, über Fachkräftemangel zu klagen, während ein Drittel der Sachsen arbeitslos ist bzw. den Lebensunterhalt mit Mini-Jobs, Leiharbeit oder Scheinselbstständigkeit bestreitet.



**Wahlen sind stets mit personellen Veränderungen verbunden, auch in der Fraktion DIE LINKE. 12 der 27 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die DIE LINKE im 6. Sächsischen Landtag vertreten, gehören dem Hohen Haus zum**



## Juliane Nagel

Geburtsjahr: 1978  
Beruf: Studentin  
Herkunftskreis: Leipzig

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

„Vielfalt – Freiheit – Solidarität“, das ist mein politischer Leitspruch. Ich möchte dazu beitragen, dass in Sachsen niemand mehr ausgegrenzt und diskriminiert wird. Alle Menschen – egal, welchen Pass sie haben, oder wie sie leben und lieben wollen – müssen gleichberechtigt an dieser Gesellschaft teilhaben können. Nicht zuletzt setze ich mich für eine lebendige demokratische Kultur im Freistaat ein.



## Luise Neuhaus-Wartenberg

Geburtsjahr: 1980  
Beruf: Prokuristin  
Herkunftskreis: Nordsachsen

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Soziale Gerechtigkeit muss erstritten, aber auch erwirtschaftet werden. Der Pflicht der Unternehmen zur Zahlung des Mindestlohnes muss die gesetzliche Pflicht der öffentlichen Hand folgen, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auskömmliche Preise zu garantieren. Die öffentliche Hand muss zur Tariftreue zwingen und das heißt, dass sie auch Tariftreue bezahlen muss!



## Janina Pfau

Geburtsjahr: 1983  
Beruf: Politikwissenschaftlerin  
Herkunftskreis: Vogtlandkreis

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Ich setze mich für ein Sachsen ein, das nicht auf Billiglöhne setzt, sondern gut bezahlte Arbeitsplätze schafft. Ein Sachsen, das auch im ländlichen Raum vielseitige kulturelle Angebote bietet und das sich mit dem Problem des demographischen Wandels befasst, besonders im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.



## Lutz Richter

Geburtsjahr: 1974  
Beruf: Bürokaufmann  
Herkunftskreis: Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Sachsen soll demokratischer, zukunftsfähiger und sozialer werden. Ich persönlich möchte mich deshalb für mehr Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe einsetzen. Viele Menschen erheben ihre Stimme in Sachsen, weil sie bei wichtigen Entscheidungen übergangen werden. Wir nehmen die Menschen ernst und wollen zum Beispiel die Quoren für Volksentscheide senken.



# DIE LINKE im 6. Sächsischen Landtag



ersten Mal an. Sie alle bringen unterschiedliche Hintergründe, Sichtweisen und Vorstellungen in das Gesamtpaket linker Oppositionsarbeit ein. In dieser Ausgabe wollen wir Ihnen die neuen Abgeordneten kurz vorstellen.



**Sarah Buddeberg**

Geburtsjahr: 1982  
Beruf: Theaterwissenschaftlerin M.A.  
Herkunftskreis: Dresden

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Ich möchte mich dafür einsetzen, dass unsere gleichstellungspolitischen Forderungen außerhalb des Parlaments besser wahrgenommen werden. Innerhalb der Fraktion möchte ich einen stärkeren Fokus auf das Thema Queerpolitik legen, nicht zuletzt als Kontrapunkt zu den rückwärtsgewandten Forderungen der AfD.



**Anja Klotzbücher**

Geburtsjahr: 1994  
Beruf: Studentin  
Herkunftskreis: Chemnitz und Dresden

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Europapolitische Themen präsentieren, Begeisterung für Politik erzeugen, Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen, (nicht nur) gegen die sinkende Wahlbeteiligung protestieren. Alles in allem: Politisieren! Die Wahlbeteiligung war DAS Manko der Landtagswahl, daher möchte ich mich bei allen Aktivitäten vor allem der Politisierungs- und Vermittlungsarbeit verschreiben.



**Susanne Schaper**

Geburtsjahr: 1978  
Beruf: examinierte Krankenschwester  
Herkunftskreis: Chemnitz

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Soziale Gerechtigkeit bedeutet Armutsbekämpfung, den Abbau von Benachteiligungen und setzt eine vernünftige und am Menschen orientierte Gesundheitspolitik voraus. Es bedarf u. a. Verbesserungen der Krankenhausfinanzierung, im Rettungsdienst sowie im Pflegebereich. Sächsische Kommunen müssen finanziell besser ausgestattet werden.



**André Schollbach**

Geburtsjahr: 1978  
Beruf: Rechtsanwalt  
Herkunftskreis: Dresden

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Meine Felder werden im Wesentlichen die Kommunalpolitik sowie die Verfassungs- und Rechtspolitik sein. Durch meine langjährige Arbeit im Dresdner Stadtrat konnte ich vielfältige Erfahrungen im kommunalpolitischen Bereich sammeln und als Jurist bin ich auf dem Gebiet des Rechts zuhause.



**Mirko Schultze**

Geburtsjahr: 1974  
Beruf: Baufacharbeiter  
Herkunftskreis: Görlitz

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Ich möchte Politik mit den Menschen gestalten und meinen Teil gegen die wachsende Distanz zwischen politischen Entscheidungen und der täglichen Erfahrung von Politik im Alltag leisten. Im Speziellen heißt das für mich, aus der Opposition heraus alternative Konzepte zu entwickeln, Regierungshandeln zu kontrollieren und Probleme der Menschen ernst zu nehmen. Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht weiter ausgehebelt werden.



**Franz Sodann**

Geburtsjahr: 1973  
Beruf: Geschäftsführer einer Gastspielagentur, Schauspieler  
Herkunftskreis: Leipzig

*Was willst Du in den kommenden fünf Jahren erreichen?*

Eine wirksame Außendarstellung unserer Arbeit als Opposition. Die Thematisierung der sich verstetigenden prekären Lebenslagen in unserer Gesellschaft, für eine empathische Wahrnehmung. Die Sensibilisierung für die Probleme ländlicher Regionen: Bildung, Gesundheit und Kultur gehören nicht nur in die Städte, sondern auch aufs Land.



# Schwere Themen in schneller Zeit: Plakat-Ausstellung zu Kriegen im Landtag

Trotz aller neuen Anfänge im Parlament ist zumindest ein Bericht darüber nachzuholen, wie die letzte Wahlperiode endete. Die Fraktion DIE LINKE wartete mit einem kulturellen Highlight auf: Seit dem 9. September präsentiert sie auf ihren Fluren die Ausstellung „Es gibt keine Sieger nach KRIEGEN – NIEDERGANG GENUG“. Zu ihrer Eröffnung waren etwa vierzig Interessierte gekommen, die den Worten des Künstlers und des Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt lauschten.

In der Gedenkpolitik wird oft emotional diskutiert. Roger Willemsen stellt ihr in seinem Buch „Das Hohe Haus“ ein vernichtendes Zeugnis aus: „Gedenkstunden sind mitunter eine feierliche Form, durch Erinnern der Vergangenheit den Garaus zu machen“. Gedenken erfolge pauschal, stereotyp, schablonenhaft. So kann es nicht erfolgreich sein. Schließlich geht es beim Blick in die Geschichte vor allem darum, Lehren zu ziehen. Diese Lerneffekte zerfallen, wenn Gedenken in Phrasen erstarrt. Es muss stattdessen vielseitig sein, lebensnah. Wie könnte das besser funktionieren als mit Bildern? Auf politischen Plakaten kann der Künstler Inhalte einprägsam präsentieren und Botschaften übermitteln. Manche müssen immer wieder ausgesprochen werden: insbesondere die, dass Kriege enden müssen. Die Ausstellung schlägt eine Brücke aus der Vergangenheit ins Heute. Sie betrachtet die Ursachen und die Schuldigen von Kriegen ebenso wie dessen Folgen. Krieg ist, so ihr Schöpfer Klaus Schmidt – Grafik-Designer aus Dresden –, die „Abwesenheit von Vernunft“, der „Rückfall des Menschen in seine niedersten Instinkte“. Klar benennt er die Rolle der Rüstungsindustriellen, die doppelt vom Krieg profitieren: Zum einen durch das Kriegsgeschäft, zum anderen durch ihr Überleben. Ebenso eindeutig zeigt Klaus Schmidt weitere Seiten des Krieges: Das Abschlach-



ten. Die Ohnmacht der Soldaten. Millionen Totenköpfe unterm Hakenkreuz. Mütter, die Granaten und Opfer für die Kanonen liefern und als Trümmerfrauen enden. Die Exposition verbreitet, ganz wie ihr Thema, Düsternis, Beklemmung, Trauer. Sie verzichtet auf alles Schöne, so wie ihr Gegenstand. Auch die Symbole sind eindeutig: Das Eiserne Kreuz. Das Hakenkreuz und viele Grabkreuze. Die Pickelhaube. Die Stahlhelme in der typischen deutschen Form. In der Gesamtschau bereiten die Motive beinahe körperlichen Schmerz. Ihr Thema fordert auch nichts anderes. Klaus Schmidt steht mit seiner Arbeit in der Tradition großer Meister des politischen Bildes. Gerade in und nach der Weimarer Republik kam der politischen Bildkunst eine große Bedeutung zu. Weithin bekannt ist etwa ein Motiv des in Berlin geborenen „Meisters der Fotomontage“, John Heartfield. Es zierte 1934 den Titel der „Arbeiter Illustrierte Zeitung“. Darauf sehen wir Adolf Hitler, dem Joseph Goebbels einen Marx-Bart anheftet. Damit wird eine der größten Propagandalügen der Nazis entlarvt: Dass nämlich der Faschismus sozialistische Ziele verfolge, wie sie die Arbeiterbewegung hervorbrachte. Wer die Ausstellung im Landtag noch sehen möchte, sollte sich sputen: Sie gastiert dort noch bis zum 20. Oktober.

## Auszüge aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt

„Die Gewaltfrage zählt zu den größten Fragen, denen sich die Gesellschaft stellen muss, neben der Sozialen und der Ökologischen. Dieses große Gewicht des Ausstellungsthemas lässt die heutige Veranstaltung beinahe wirken, als falle sie aus der Zeit. Schließlich ist Tagespolitik so kurzatmig wie selten, wenn eine neue Wahlperiode beginnt. Warum also widmet sich die Linksfraktion gerade jetzt einem so kapitalen Thema? Die Antwort ist einfach. Wir wollen dafür sorgen, dass Politik eben nicht ‚auf Sicht fährt‘, sondern die großen Fragen im Blick behält. [...]

In der Ukraine und im Irak etwa ist Krieg auch heute so, wie er immer war: menschenverachtend, allumfassend, unerbittlich. [...] Die Ukraine ist nicht weit von uns entfernt – wer einige hundert Kilometer ostwärts durch unseren Nachbarstaat Polen fährt, wird schon bald ihre Grenze erreichen. Mit Russland ist der Freistaat seit Jahren wirtschaftlich und kulturell verbunden. Wenn also der Bundespräsident, ausgerechnet in Danzig, eine unbesonnene Rede hält – und ihm die designierte EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini auch noch beipflichtet –, ist die Sächsische Staatsregierung gefragt, zur Versachlichung zu mah-

nen. [...] Die LINKE wird indes nicht müde, zu betonen: Verhandeln, nicht zu den Waffen greifen, schon gar keine Waffen liefern! Es mag scheinen, als falle uns angesichts des Krieges nichts anderes ein. Wenn Gewalt droht, muss vernünftig handelnden Politikerinnen und Politikern aber zuallererst genau das einfallen. [...]

Wer das Völkerrecht ernst nimmt, muss die UNO stärken. Die UNO selbst ist aber auch kein Allheilmittel, sondern reformbedürftig. Sie berücksichtigt noch zu stark die Interessen einzelner, vor allem wirtschaftsstarker, Nationalstaaten. Langfristig muss sie durch ein System kollektiver Sicherheit ersetzt werden. Dieses muss möglichst viele Staaten der Welt einbeziehen, die ihre Interessen dem Gemeinwohl unterstellen sollen. Dieses Bündnis braucht demokratische Strukturen, sichere Minderheitenrechte und hohe Hürden für den Einsatz von Streitkräften.

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Kriege. Die größte globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts besteht darin, eine Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die es letztlich zum Jahrhundert des Friedens macht. In weiten Teilen Europas besteht diese Kooperation bereits. Diesem Ziel stehen allerdings Konflikte um Macht und Ressourcen entgegen. Trotz der innerkontinentalen Befriedung sind einige der europäischen Mächte weiter an Kriegen beteiligt. Sollen wir deshalb resignieren? Sollen wir, weil sie allzu fern scheint, vom Ziel einer globalen Sicherheitsarchitektur ablassen? Ich sage: Nein! Wir dürfen niemals aufhören, mit ihrem Aufbau anzufangen.“

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

